



# Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken

## Antrag zum Bundesausschuss in Oer-Erkenschwick 1.- 2. März 2008

**Antragsteller:** Bundesvorstand

**Betrifft:** Ausbau statt Privatisierung der sozialen  
Sicherungssysteme

Der Bundesausschuss möge beschließen:

### ***Der Abbau der sozialen Sicherungssysteme ist im vollen Gange***

Seit Jahrzehnten werden die sozialen Sicherungssysteme ständig abgebaut. Damit folgt die parlamentarische Politik der kapitalistischen Logik, die behauptet, dass sich durch die so genannte soziale Hängematte nur Faulheit entwickeln würde. Arbeitslose würden gar nicht „um jeden Preis“ arbeiten wollen. So halten sie die Spaltung zwischen Arbeitenden und Arbeitssuchenden aufrecht.

Unter Verweis auf vermeintliche Sachzwänge hat die rot-grüne Regierung eine einschneidende Arbeitsmarktreform, die so genannten „Hartz-Gesetze“, durchgesetzt. Die Abschaffung der Privatsphäre, die Aufweichung der Unantastbarkeit der Wohnung, die Höhe und Dauer der Bezüge verschärfen die Prekarisierung weiter Teile der Gesellschaft. Damit wurden von Seiten der Sozialdemokratie zahlreiche wichtige Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung auf dem Altar der Wettbewerbsfähigkeit geopfert, ohne dass für die Mehrheit der Bevölkerung positive Effekte eingetreten wären. Im Gegenteil: Der vielfach beschworene Aufschwung kommt bei ihnen nicht an. Unter dem Deckmantel des Erhalts der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und der Standortsicherung wird propagiert, dass das Lohnniveau und die Belastungen der ArbeitgeberInnen in Deutschland zu hoch sind. Dabei wird ignoriert, dass Deutschland zum wiederholten Male Exportweltmeister ist und dass die realen Steuersätze für Unternehmen so gering wie nie zuvor sind. Die resultierende Entsolidarisierung und Prekarisierung in der Gesellschaft wird billigend in Kauf genommen.

Dieser Logik folgend wurden in den letzten Jahren bereits Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung und Rentenversicherung zunehmend privatisiert. ArbeitnehmerInnen wird nahe

25 gelegt, privat für die Rente vorzusorgen. Krankenkassenbeiträge steigen fast jährlich und die  
26 Einführung der Praxisgebühr ist bereits vier Jahre her. Dahinter verbirgt sich das eigentliche  
27 Ziel: Die Abschaffung der paritätisch finanzierten sozialen Sicherungssysteme.

### 28 29 **Grundeinkommen – der falsche Weg**

30  
31 Vorschläge zur vollständigen Privatisierung selbiger existieren bereits und werden seit einiger  
32 Zeit in den verschiedensten politischen Lagern öffentlich diskutiert. Ein adäquater Ersatz wird  
33 durch das „Grundeinkommen“ angepriesen, das in vielen Modellen verspricht, dass durch den  
34 Wegfall der paritätischen Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme Arbeitskräfte billiger  
35 würden und die ArbeitgeberInnen wieder mehr Spielraum für neue Arbeitsplätze hätten. Das  
36 sind aber leere Versprechungen. Durch Rationalisierung oder Zugeständnisse der Gewerk-  
37 schaften wurden und werden keine neuen Jobs, sondern nur höhere Profite für die  
38 ArbeitgeberInnen geschaffen.

39  
40 Als Modell der sozialen Sicherung greifen die gegenwärtig vor allem von neoliberaler und  
41 konservativer Seite diskutierten Modelle eines „(bedingungslosen) Grundeinkommens“ zu kurz  
42 und gehen in die falsche Richtung. Ziel dieser Ideen ist nicht, Menschen ein Leben ohne Zwang  
43 und Armut zu ermöglichen, sondern im Vordergrund stehen wieder einmal wirtschaftliche  
44 Interessen. Auch hier verbirgt sich hinter dem Deckmantel der Selbstbestimmung vielmehr eine  
45 weitere Privatisierung sozialer Risiken.

46  
47 So wenig eine Kopfpauschale im Gesundheitssystem Rücksicht auf die unterschiedliche  
48 finanzielle Leistungsfähigkeit von Krankenversicherten nimmt, so wenig eignet sich das Grund-  
49 einkommen, die tiefe Wohlstandskluft in unserer Gesellschaft zu schließen. Im Gegenteil, birgt  
50 es doch die Gefahr, als Kombilohn für alle zu fungieren. Weil das Existenzminimum seiner  
51 Bezieher/innen gesichert wäre, könnten diese noch schlechter entlohnte Jobs annehmen. Den  
52 Unternehmen stünden mehr preiswerte Arbeitskräfte zur Verfügung und die Gewinne würden  
53 noch stärker steigen. Eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums ist so mit Sicherheit  
54 nicht zu erreichen, zumal bei der Finanzierung über indirekte Steuern die sozial ohnehin  
55 Benachteiligten, aber auch die sogenannte Mittelschicht, überproportional belastet würden.

### 56 57 **Soziale Sicherung – jede/r hat ein Recht auf ein Leben ohne Zwang und Armut!**

58  
59 Wir Falken können und wollen nicht akzeptieren, dass der private Reichtum einiger weniger  
60 steigt, während immer mehr Menschen von Armut betroffen sind. Das Ziel unseres Kampfes  
61 kann nicht das Grundeinkommen sein, sondern es geht darum, den Kapitalismus zu über-  
62 winden. Der qualitative und quantitative Ausbau der staatlichen sozialen Sicherungssysteme hin  
63 zu einer am Bedarf orientierten sozialen Grundsicherung, die diesen Namen verdient, ist dabei  
64 neben der Einführung von Mindestlöhnen und dem Kampf um Arbeitszeitverkürzung ein Schritt  
65 in die richtige Richtung.

66  
67 Das gesellschaftliche Ziel dieser Grundsicherung muss es sein, losgelöst vom Zwang zur Arbeit  
68 um jeden Preis ein Leben ohne Armut zu ermöglichen. Nur so werden die Menschen in die  
69 Lage versetzt ihre Arbeitskraft zu einem anständigen Preis zu verkaufen.

70  
71 Wir Falken bekräftigen daher erneut unsere Forderung nach Rücknahme der Maßnahmen der  
72 „Agenda 2010“ und der Verschärfungen in der Sozialgesetzgebung durch die so genannten  
73 „Hartz-Reformen“. Wir wollen eine Politik, die für ein mehr an sozialer Gerechtigkeit und eine  
74 Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten sorgt und Kindern und  
75 Jugendlichen sichere Lebensbedingungen zur Entwicklung von Perspektiven bietet.

76  
77 Vor diesem Hintergrund wird der Bundesvorstand beauftragt, ein Seminar zum Thema „Soziale  
78 Sicherung – ein Leben ohne Zwang und Armut“ durchzuführen.

**angenommen:**

**abgelehnt:**

**überwiesen:**

**sonstiges:**